

Betreff:

Sonderkonjunkturprogramm für Investitionen in Schulbauten - Sanierung an Schulen
-Antrag der LINKE&PIRATEN Rathausfraktion Wiesbaden vom 28.04.2020-

Antragstext:

Der Sanierungsstau an Schulen in der Landeshauptstadt Wiesbaden wird auf mehrere hundert Millionen € geschätzt. Aktuell wurde den Stadtverordneten ein „Finanzbericht Schulamt für 2019“ vorgelegt. In diesem wird mit Bezug auf die Beschlussfassung der Stadtverordnetenversammlung (z. B. „Instandhaltungsoffensive (18-V-40-0016)“ dargelegt, dass das Budget für Instandhaltungsmaßnahmen an Schulen im Jahr 2019 überschritten wurde und dass bereits jetzt erkennbar ist, dass das Budget für Instandhaltungen auch im Jahr 2020 nicht ausreichen wird. Auch die Mittel der Programme KIP I und KIP II sind bereits verplant oder verausgabt. Große Schulneubauten sind - auch angesichts der Zunahme der Bevölkerung - notwendig, geplant und stellen künftig einen noch größeren Ausgabeposten dar - im Investitionshaushalt der Stadt bzw. bei den städtischen Gesellschaften und damit bei Ausgaben der Stadt für Mieten.

Zur Förderung eines Konjunkturaufschwungs wurden in der letzten großen Finanzkrise Sonderkonjunkturprogramme von Bund und Land beschlossen, die zum größten Teil für Investitionen an Schulen und Kindertagesstätten verwendet werden konnten bzw. mussten. Mit diesen konnte ein spürbarer Beitrag zum Abbau des Sanierungsstaus geleistet werden, aber sie waren bei weitem nicht ausreichend.

Auch im vorliegenden „Finanzbericht Schulamt für 2019“ wird deutlich, welchen immensen Bedarf es an Sanierungen noch gibt, wobei nur die dringendsten, bereits eingeleiteten oder geplanten Maßnahmen aufgeführt sind. Alleine bei der Sanierung von WC-Anlagen wird eine zweistellige Zahl von Schulen genannt. Die Dringlichkeit wird angesichts der aktuellen hygienischen Anforderungen besonders deutlich. Beim Sanierungsbedarf an Heizungsanlagen und Fenstern existiert ein ähnlich hoher Handlungsbedarf, der aus ökonomischen und ökologischen Gründen keinen Aufschub bei der notwendigen Beseitigung duldet.

Angesichts dieser Situation möge der Ausschuss beschließen:

- 1) Der Magistrat möge sich gegenüber Land und Bund für die Neuauflage eines Sonderkonjunkturprogramms einsetzen. Hierzu soll auch eine entsprechende Beschlussfassung des Hessischen Städtetags angeregt werden, in dem die Landeshauptstadt Wiesbaden auch durch Stadtverordnete und Magistratsmitglieder vertreten ist.
- 2) Der Magistrat möge, z. B. durch rechtzeitige Kostenermittlungen und Vorgaben für die Anmeldungen, für die Haushaltsberatungen im kommenden Jahr Vorbereitungen treffen, damit mit einem „Sonderkonjunkturprogramm Schulen und Kindertagesstätten in Wiesbaden“ in der Höhe von mind. 100 Millionen € pro Haushaltsjahr aus dem städtischen Haushalt ein spürbarer Beitrag zum Abbau des Sanierungsstaus geleistet werden kann und damit auch der lokalen Wirtschaft, insbesondere dem Handwerk, Impulse gegeben werden, um die aktuelle tiefe Finanzkrise möglichst schnell zu überwinden und nicht dauerhaft die Infrastruktur zu schädigen.

Antrag Nr. 20-F-08-0030
L&P
